



Landesprogramm
für Demokratie
und Menschenrechte

Leitlinien für die Extremismusprävention



Niedersachsen

Gemeinsam für demokratisches
und menschenrechtsorientiertes Handeln ●



Unser Auftrag

Niedersachsen hat eine starke und lebendige demokratische Gesellschaft, doch sie ist nicht unverwundbar. Politisch motivierter Extremismus gefährdet unser Land von innen durch menschenverachtendes, gewaltverherrlichendes oder demokratiefeindliches Verhalten. Mit dem Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte wollen wir unsere Demokratie schützen. Das Programm gibt Leitlinien vor für die landesweite Prävention von politisch motiviertem Extremismus und Demokratieförderung. Es umfasst die Prävention von Rechtsextremismus, Linksextremismus sowie phänomenübergreifende Ansätze.

Wir packen den Extremismus an seiner Wurzel

Politisch motivierter Extremismus entwickelt sich nicht über Nacht, sondern langsam und prozesshaft. Diesen Prozess wollen wir möglichst früh unterbrechen. Ein zentrales Handlungsfeld im Landesprogramm widmet sich daher Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Wir fördern gezielt die Entwicklung einer gesunden Identität im Kindes- und Jugendalter, und wir unterstützen Pädagog:innen dabei, extremistische Tendenzen rechtzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken.

Bei der Entstehung von Extremismus spielen soziale Medien eine bedeutende Rolle. Um Hassmails, Diskriminierung, Antisemitismus und Rassismus zu begegnen, müssen wir die Medienkompetenzen aller Menschen in Niedersachsen stärken. Mit innovativen Konzepten der politischen Bildung wollen wir Menschen dazu befähigen, sich aktiv für ein demokratisches Miteinander einzusetzen und die Teilhabe aller Bürger:innen zu ermöglichen.

Es gilt auch, gesellschaftliche Strukturen positiv zu verändern. Unser Ziel sind sichere diskriminierungsfreie Sozialräume und eine verlässliche demokratische Kultur in staatlichen Organisationen.

Ein weiteres wichtiges Element der Prävention im Landesprogramm ist der Aufbau von zivilgesellschaftlichen Beratungsangeboten bei extremistischen Vorfällen und Hilfen für Ausstiegswillige und Angehörige.

Wir handeln gemeinsam

Präventionsarbeit ist eine Querschnittsaufgabe. Dazu brauchen wir Forschung, Erfahrungswissen und einen gemeinsamen politischen Willen. Das Landesprogramm wird von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Kräften gemeinsam getragen. Seine Besonderheit liegt in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit aller Akteur:innen. Mit Hilfe von Wissenstransfer, Dialog und einer aktiven Netzwerkarbeit wirkt das Landesprogramm weit in die Fläche Niedersachsens und tief in die Gesellschaft hinein.

Die Broschüre bietet einen Überblick über das Landesprogramm.

Sie finden hier die wichtigsten Informationen über Aufbau, Ziele, Fördermöglichkeiten und die landesweite Netzwerkarbeit.

Programmstruktur

Das Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte wird von einer ressortübergreifenden Steuerungs-AG geleitet. Dies ist ein Gremium aus ministeriellen Vertreter:innen und einem zivilgesellschaftlichen Praxisbeirat. Sie erarbeiten gemeinsam die Inhalte und Ziele des Landesprogramms und sind für seine Weiterentwicklung verantwortlich.

Ministerien

Auf staatlicher Seite sind fünf Landesministerien in der Steuerungs-AG vertreten. Diese Ministerien setzen eigene Mittel und Maßnahmen ein, um die Ziele des Landesprogramms zu erreichen.

- Kultusministerium,
- Ministerium für Inneres und Sport,
- Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung,
- Ministerium für Wissenschaft und Kultur und
- Justizministerium

Praxisbeirat

Die Zivilgesellschaft wird repräsentiert durch zwölf niedersächsische Organisationen. Sie bringen unterschiedliche gesellschaftliche Perspektiven zum Tragen, haben volles Stimmrecht und erarbeiten Empfehlungen aus der Praxis für die Steuerungs-AG.

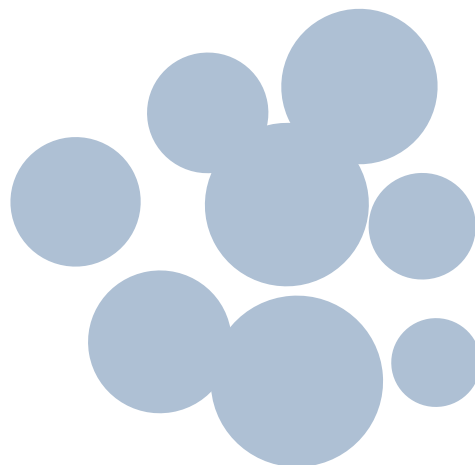
- Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung,
- Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen,
- Arbeitskreis Entwicklungsorientierte Prävention und Bildung,
- Flüchtlingsrat Niedersachsen,
- LAG der freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen,
- LAG Schulsozialarbeit Niedersachsen,
- LAG für Erziehungsberatung,
- LAG soziale Brennpunkte Niedersachsen,
- Niedersächsischer Integrationsrat,
- Niedersächsischer Landesjugendhilfeausschuss,
- Partnerschaften für Demokratie und
- Mobile Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus für Demokratie

Koordinierungsstelle

Die Koordinierungsstelle hat die Funktion einer Geschäftsstelle und verfügt über ein eigenes Budget, um ihre organisatorischen Aufgaben erfüllen zu können. Sie hat eine ressortübergreifende Zuständigkeit und ist geschäftsmäßig beim Landespräventionsrat im Justizministerium angesiedelt.

Netzwerk

Unter dem Dach des Landesprogramms hat sich 2017 ein Netzwerk zur Prävention von Rechtsextremismus gegründet. Es nennt sich *Netzwerk FÜR Demokratie und Prävention* und dient dem landesweiten Fach- und Informationsaustausch. Zu einzelnen Themenschwerpunkten arbeiten dort auch kleinere Fachgruppen und Arbeitskreise, die Praxiserfahrungen teilen und Empfehlungen für die Weiterentwicklung des Landesprogramms geben.



- Zivilgesellschaft kann die Qualität von politischen Entscheidungen verbessern.

Handlungsziele

Leitziel

Das Landesprogramm fördert und stärkt freiheitlich-demokratische und menschenrechtsorientierte Einstellungen und Verhaltensweisen und wirkt politisch motiviertem Extremismus präventiv entgegen.

Politisch motivierter Extremismus entwickelt sich nicht nach einem immer gleichen Muster. Er entsteht durch ein Zusammenspiel von Risikofaktoren, die auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Kombinationen auftreten können. Extremismus wird bereits angefacht durch allgemeine Vorurteile und diskriminierende Äußerungen. Er kann auch verstärkt werden zum Beispiel durch rassistisches, antisemitisches oder auch antifeministisches Verhalten. Mediale Verschwörungserzählungen oder nationalistische Ideologien sind ebenfalls ein idealer Nährboden für extremistische Entwicklungen.

Die Ursachen für diese Phänomene können wiederum in gesellschaftlichen Bedingungen wie wachsender sozialer Ungleichheit, Ungerechtigkeitsempfinden oder fehlenden Zukunftsperspektiven liegen. Gleichzeitig führen auch individuelle Faktoren wie Gewalterfahrungen, fehlende Anerkennung oder geringer Selbstwert zur Radikalisierung einzelner Personen.

Wenn wir dem Extremismus tatsächlich dauerhaft den Boden entziehen wollen, müssen wir in möglichst allen gesellschaftlichen Bereichen Niedersachsens dafür Sorge tragen, dass Menschenrechte geachtet und demokratische Werte gelebt werden und wir das Vertrauen der Menschen in unsere demokratischen Institutionen stabilisieren. Diese Aufgabe kann nur im Zusammenspiel aller gesellschaftlicher Kräfte gelingen.

Um diesem ganzheitlichen Ansatz gerecht zu werden, haben staatliche und zivilgesellschaftliche Expert:innen gemeinsam für das Landesprogramm einen Zielkatalog mit 49 Handlungszielen erarbeitet. Sie definieren für das Land Niedersachsen die Leitlinien im Handlungsfeld des politisch motivierten Extremismus und werden regelmäßig fortgeschrieben.

Der Zielkatalog steht zum Download bereit unter www.lpr.niedersachsen.de

Die Handlungsfelder des Landesprogramms lassen sich zwei Bereichen zuordnen, in denen Maßnahmen, Projekte oder Programme unterstützt werden können.

Sicheres Handeln

- A** Fortbildungen für Fachkräfte

- B** Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

- C** Beratung zum Ausstieg im Bereich Rechts-
extremismus

- D** Mobile Beratung gegen Rechts-
extremismus

- E** Angehörigenberatung

Die Gesellschaft in Niedersachsen soll im Umgang mit politisch motiviertem Extremismus handlungssicher sein. Fachkräfte aus Polizei, Justiz, Schule, Ausbildung, Jugend- und Sozialarbeit, Vereinen oder anderen staatlichen Institutionen werden qualifiziert, extremistische Phänomene frühzeitig zu erkennen, zu differenzieren und angemessen darauf zu reagieren. Menschen in Bedrohungslagen sollen begleitet, Betroffene professionell beraten und Ausstiegswillige bei der Rückkehr in die demokratische Gesellschaft unterstützt werden.

Ursachen verstehen und Fähigkeiten vermitteln

- A** Politische Bildung und Medien-
kompetenz

- B** Gesunde Entwicklung von Kindern und
Jugendlichen

- C** Radikalisierung und Einstieg in die Szene
verhindern

- D** Gestaltung von Sozialräumen

- E** Demokratische Kultur in Institutionen

Gleichzeitig soll im Rahmen des Landesprogramms ein tieferes Verständnis für die Ursachen und Entstehungsbedingungen von politisch motiviertem Extremismus gefördert werden, um daraus geeignete Präventionsansätze zu entwickeln. In diesem Bereich stehen Werte- und Kompetenzvermittlung, die Stärkung einer gesunden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, aber auch Sozialraum- und Beteiligungskonzepte im Vordergrund.



Qualität in der Prävention

Zum Markenkern des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte gehört die Qualitätsorientierung. Bestehende Präventionsaktivitäten sollen weiterentwickelt und neue Konzepte evidenzbasiert ausgerichtet werden. Das bedeutet, dass sie theoretisch und empirisch begründet sind und auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden können.

Die Präventionsforschung liefert uns dazu ständig neue Befunde, Erkenntnisse und Theorien. Es gibt eine Fülle von Ansätzen und Strategien, die potenziell wertvoll sind für die professionelle Praxis, für die Gesellschaft und für politische Entscheidungsprozesse. Um diese Erkenntnisse in Niedersachsen nutzbar zu machen, sind wir im Landesprogramm mehrere Wissenschaftskooperationen eingegangen.



Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Forschungszusammenfassung

Das Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KOMREX) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena hat im Rahmen des Landesprogramms den Auftrag bekommen, systematisch und umfassend aktuelle nationale und internationale Forschungsarbeiten mit dem Ziel zu untersuchen, fundierte Erkenntnisse über Ursachen und Entstehungsbedingungen von Radikalisierung und Extremismus zu sowie Hinweise auf wirksame Präventionsansätze zu gewinnen. Der Leiter des Projekts Prof. Dr. Andreas Beelmann hat die Ergebnisse dieser Forschungssynthese in zwei Gutachten veröffentlicht. Das erste Gutachten erschien 2017 unter dem Titel **„Grundlagen einer entwicklungsorientierten Prävention des Rechtsextremismus“**. Darin geht Beelmann ausführlich auf erwiesene individuelle, soziale und gesellschaftliche Risiko- und Schutzfaktoren für Radikalisierung ein und erläutert die Grundlagen einer universellen entwicklungsorientierten Prävention.

Das zweite Gutachten unter dem Titel **„Entwicklungsorientierte Radikalisierungsprävention – was man tun kann und sollte“** (Beelmann, Lutterbach, Rickert, Sterba) ist 2021 erschienen.

Darin wird erstmalig ein entwicklungsorientiertes Radikalisierungsmodell entworfen (siehe Grafik).

Radikalisierung wird von den Autoren als Ergebnis eines langanhaltenden Entwicklungsprozesses dargestellt, der schon in der ersten Lebensphase des Menschen beginnt. Demnach wirken in der Kindheit und Jugend unterschiedliche individuelle, soziale und gesellschaftliche Risiko- und Schutzfaktoren auf das Individuum ein.

Diese verdichten sich im ungünstigen Fall im Laufe der Adoleszenz bis etwa zum 30. Lebensjahr zu vier proximalen Radikalisierungsprozessen.

Dazu gehören nach Beelmann

- Identitätsprobleme,
- Vorurteilsstrukturen,
- Erwerb von politischen oder religiösen Ideologien
- Dissozialität.

Wenn diese vier Prozesse gleichzeitig vorliegen, besteht vor allem in gesellschaftlichen Konfliktsituationen eine signifikant erhöhte Gefahr, dass extremistische Einstellungen und Handlungen ausgelöst werden.

Entwicklungsorientiertes Modell der Radikalisierung



© Andreas Beelmann, 2019

In dem Gutachten werden anhand dieses Radikalisierungsmodells auch Handlungsempfehlungen für die Prävention gegeben, die zielgenau in diesen Proximalbereichen ansetzen, um Radikalisierungsprozesse erfolgreich zu unterbrechen. Auf der Grundlage der Handlungsempfehlungen werden im Landesprogramm Präventionsansätze entwickelt, umgesetzt, evaluiert und weiterverbreitet.

Die Gutachten sind auf den Webseiten der Koordinierungsstelle des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte zum Download verfügbar. Die Koordinierungsstelle organisiert dazu regelmäßig einen Wissenschafts-Praxis-Austausch.



FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA

Die niedersachsenweite CTC-Schülerbefragung

Eine weitere Forschungsk Kooperation besteht mit der Universität Hildesheim und dem Fachbereich Kommunale Prävention des Landespräventionsrates. Dort werden alle zwei Jahre im Rahmen des Präventionsprogramms CTC (Communities that Care) Schülerbefragungen in der Altersgruppe 12 bis 17 Jahre durchgeführt, um Bedarfe in der allgemeinen Gewalt- und Kriminalprävention zu erkennen und zu bearbeiten. Im Rahmen dieser Schülerbefragungen werden gemeinsam mit der Friedrich-Schiller-Universität Jena neue Instrumente zur Messung von Radikalisierungsfaktoren entwickelt. Damit sollen in Niedersachsen ebenfalls gezielte Präventionsansätze zur Demokratieförderung erarbeitet werden.



KRIMINOLOGISCHES
FORSCHUNGSINSTITUT
NIEDERSACHSEN E.V.

Zürcher Hochschule
für Angewandte Wissenschaften



Strategien zur Prävention von Linksextremismus

Zu den Zielen des Landesprogramms gehört es auch, Strategien für die spezifische Prävention von Linksextremismus zu entwickeln. Um zunächst Ausmaß und Phänomen des Linksextremismus in Niedersachsen zu bestimmen, haben das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen KfN und die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW 2020 eine wissenschaftliche Analyse erstellt. Sie umfasst unter anderem den aktuellen Forschungsstand, Experteninterviews und einen Überblick über Risiko- und Schutzfaktoren und bestehende Präventionsprojekte. Abschließend geben die Autoren Handlungsempfehlungen, an denen sich die Prävention des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte orientieren wird.

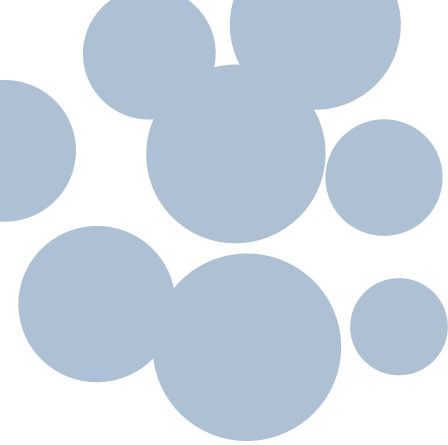
Titel der Studie: „Wissenschaftliche Analyse zum Phänomen des Linksextremismus in Niedersachsen, seiner sozialwissenschaftlichen Erfassung sowie seiner generellen und spezifischen Prävention“ (Treskow/Baier 2020)



Evaluation

Zur Qualitätssicherung in der Prävention gehört eine gute Evaluation. Sie dient dazu, den Erfolg und die Wirkung der Präventionsmaßnahmen sicherzustellen, zu reflektieren und zu verbessern. In diesem Bereich ist das Institut proVal aus Hannover der wissenschaftliche Partner des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte. ProVal evaluiert einzelne Maßnahmen des Landesprogramms, wie zum Beispiel die Jahrestagung und die Förderprojekte. Programmentwickler und -anbieter werden auf Wunsch und kostenfrei schon bei der Konzeptionierung beraten, um ihre Maßnahmen von Anfang an qualitätsorientiert und zielgenau durchführen und anschließend auswerten zu können. ProVal begleitet außerdem die Weiterentwicklung der Programmziele und der Qualitätskriterien im Landesprogramm.

Wissenschaftliche Expertise ist keine Meinung, sondern die Grundlage für eine wirkungsvolle Präventionsarbeit.



Projektförderung

Im Landesprogramm werden auf unterschiedliche Weise Fördermittel für zivilgesellschaftliche Institutionen bereitgestellt.

Richtlinie Teilhabe und Zusammenhalt

Im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung stehen im Rahmen der Richtlinie „Teilhabe und Zusammenhalt“ Fördermittel in Höhe von mindestens 250.000 Euro für Maßnahmen zur Verfügung, die sich an den Zielen des Landesprogramms orientieren.

Mehr zur Richtlinie unter soziales.niedersachsen.de

Projektförderung im Landes-Demokratiezentrum

Im Justizministerium werden über das Landes-Demokratiezentrum vorrangig zivilgesellschaftliche Beratungsangebote und Projekte nach der Richtlinie des Bundesprogramms *Demokratie leben!* gefördert.

Alle Informationen dazu unter ldz-niedersachsen.de

Betroffenenberatung

Das Landesprogramm stellt außerdem jährlich 186.000 Euro zur Verfügung, die zweckgebunden in die landesweiten Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt einfließen.

Mehr dazu unter betroffenenberatung.de

Entwicklung und Verbreitung von Modellprojekten

Die Koordinierungsstelle des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte fördert mit bis zu 250.000 Euro gezielt die Entwicklung und Verbreitung von wirkungsorientierten Projekten zur Prävention von politisch motiviertem Extremismus. Diese Projekte müssen an den wissenschaftlichen Handlungsempfehlungen des Landesprogramms ausgerichtet sein.

Bei Interesse kontaktieren Sie bitte die Koordinierungsstelle direkt unter kostlp@mj.niedersachsen.de

Fünf Beispiele für geförderte Modellprojekte



Together for Tolerance – Erfahrungen in der Peergroup

Zusammen mit der Universität Osnabrück führt der Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e. V. (VNB) ein Forschungsprojekt an Schulen in Hannover durch. Dabei wird mit Hilfe von online-Befragungen das soziale Verhalten von Schüler:innen der Jahrgänge 5 bis 10 erfasst und analysiert. Ziel ist es, zentrale Einflussfaktoren auf positive und negative Verhaltensweisen der Jugendlichen zu identifizieren.

Daraus werden Maßnahmen zur Förderung von positivem Verhalten in Freundschaftsgruppen und zur Prävention von Gruppenkonflikten an Schulen abgeleitet. Ziel ist es, Jugendliche selbst zu „positiven Leadern“ ihrer Peergroup zu machen.



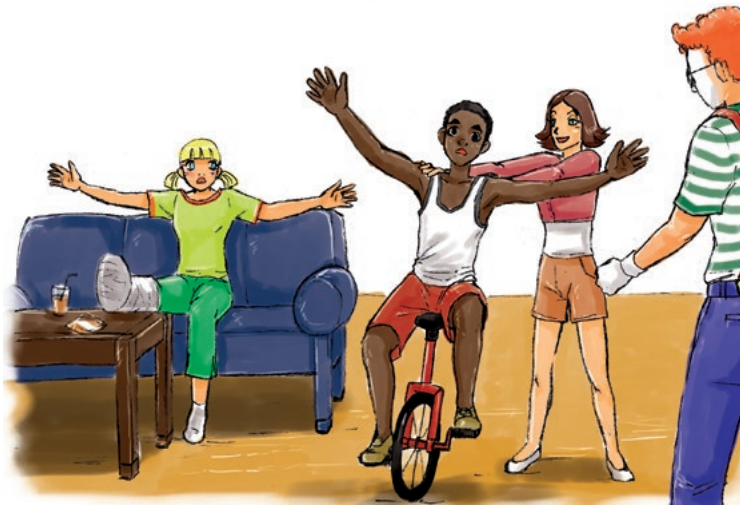
Kontaktmaßnahmen in der Gemeinwesenarbeit

Gefördert werden Modellprojekte im Rahmen der niedersächsischen Gemeinwesenarbeit. Über die Landesarbeitsgemeinschaft *Soziale Brennpunkte Niedersachsen e. V. – Praxisnetzwerk für soziale Stadtentwicklung* werden vor Ort innerhalb bestehender Strukturen der Gemeinwesenarbeit sogenannte „Kontaktmaßnahmen“ erprobt. Sie werden so gestaltet, dass Vorurteile zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen im Stadtteil oder der Nachbarschaft abgebaut werden können.



Polizeischutz für die Demokratie

Der zivilgesellschaftliche Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.* hat in Zusammenarbeit mit der Polizeiakademie Niedersachsen eine modulare Weiterbildung für die Polizei in Niedersachsen konzipiert. Ziel der Qualifizierung ist es, in allen größeren polizeilichen Organisationseinheiten Niedersachsens insgesamt 80 Polizeikräfte zu Strategiepat:innen für Demokratiearbeit weiterzubilden. Die Fortbildung wird in 2020 und 2021 durchgeführt und gilt als Pilot für ähnliche Qualifizierungen in anderen staatlichen Behörden.



Toleranzförderung in der Grundschule mit PARTS

PARTS ist ein Programm für Kinder in niedersächsischen Grundschulen. Es ist auf die Prävention von Vorurteilen gegenüber Mitgliedern anderer Nationalitäten und Kulturen sowie auf die Stärkung toleranter Einstellungen ausgerichtet. Die konkreten Ziele des Programms sind die Akzeptanz von Andersartigkeit, Respekt gegenüber Mitmenschen, Toleranz gegenüber Fremden, soziale Kompetenz im Miteinander von kultureller und ethnischer Diversität, Erfolg in Kooperationen mit Menschen anderer Kulturkreise und produktives Lernen im interkulturellen Umfeld.

Bildungs- und Beratungsstelle PHÄNO

Die *Bildungs- und Beratungsstelle PHÄNO* verfolgt einen phänomenübergreifenden Ansatz in der Betrachtung von linksgerichteten Radikalisierungsprozessen. Im Zentrum der Arbeit steht die Qualifizierung von pädagogischen Fachkräften aus der schulischen und außerschulischen Bildung, der geschlossenen und offenen Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit und von Polizeikräften in Niedersachsen. Inhaltliche Schwerpunkte sind u. a. Demokratie(-feindlichkeit), Radikalisierungsprozesse im Jugendalter, Risiko- und Schutzfaktoren linksgerichteter Radikalisierung, extremismusbezogene Medienkompetenz sowie der Phänomenbereich „Linksextremismus“.





Netzwerke sind ein wirkungsvolles Instrument der Extremismusprävention.



Netzwerkarbeit

Extremismusprävention und Demokratieförderung sind komplexe und herausfordernde Aufgaben, weil sie unser ganzes soziales Leben durchdringen müssen, um langfristig Wirkung zu entfalten. Prävention fängt in der Familie an, betrifft Kita und Schule, das Wohnumfeld, den Arbeitsplatz, Freizeit, Kultur, Vereinsleben und spiegelt sich im Handeln von Behörden und Institutionen wider. Überall gilt es, zu jeder Zeit demokratischen Grundwerten Geltung zu verschaffen. Dies kann nur gelingen, wenn wir in allen sozialen Zusammenhängen gemeinsam unser Wissen erweitern, uns handlungssicher machen und möglichst viele professionelle Sichtweisen einbeziehen. Dafür benötigen wir gut funktionierende Netzwerke.

Vernetzung fördert Eigeninitiative, verhindert Doppelstrukturen und erhöht insgesamt die Qualität der Prävention. In strategischen und gut koordinierten Netzwerken kann das Engagement einer Vielzahl von Personen für gemeinsame Problemlösungen genutzt werden. Voraussetzung ist, dass die Netzwerke für jedes Mitglied einen Nutzen generieren, der die eigenen Beitragskosten übersteigt.

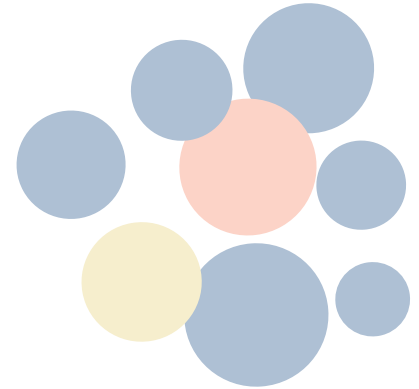
Netzwerk für Demokratie und Prävention

Für den Bereich der Prävention von Rechtsextremismus hat sich 2017 im Rahmen des Landesprogramms das landesweite *Netzwerk FÜR Demokratie und Prävention* gegründet. Ihm gehören mehr als 360 Personen aus Niedersachsen an. Sie kommen aus vielfältigen beruflichen Zusammenhängen, wie Jugend- und Sozialarbeit, Schule, Hochschule, Wissenschaft, kommunaler Prävention, Bildungswesen, Sozialverbänden oder der Polizei. Alle arbeiten präventiv in unterschiedlichen Strukturen und unter verschiedenen Rahmenbedingungen, ob als freie Berater:innen, Bildungsträger oder als Verantwortliche in Verbänden oder staatlichen Kontexten.

Wenn Sie Mitglied im Netzwerk werden oder den Newsletter beziehen möchten, schreiben Sie bitte an team@netz.lprnds.de

Jahrestagung

Auf der jährlichen Netzwerktagung treffen sich Präventionsfachkräfte aus ganz Niedersachsen zum Wissens- und Erfahrungsaustausch. Neben Vorträgen, Workshops und Diskussionsrunden sind feste Programmpunkte der Tagung aktuelle Lageberichte und die Veröffentlichung der neuesten Forschungsergebnisse der Universität Jena.



Mit innovativen Formaten wie dem Netzwerkdating bietet die Tagung staatlichen und nichtstaatlichen Akteur:innen aus ganz Niedersachsen die Gelegenheit zum direkten Gespräch.

Workshops und Seminare

Im Jahresverlauf organisiert die Koordinierungsstelle themenbezogene Fortbildungen, die als Präsenz- oder Onlineveranstaltungen konzipiert sind. Das Programm wird im Mitgliederportal oder auf den Webseiten des Landesprogramms veröffentlicht.

Arbeitskreise und Fachgruppen

Im Netzwerk haben sich zu spezifischen Themen Arbeitskreise und Fachgruppen gebildet. Die Arbeitskreise sind feste regelmäßige Zusammenschlüsse, die Empfehlungen für die Steuerungs-AG erarbeiten und auch ein Stimmrecht im Praxisbeirat bekommen können. Fachgruppen sind offenere Arbeitsrunden, in denen sich Akteur:innen projektbezogen zu Themen austauschen. Die Ergebnisse ihrer Treffen können sie auf der Jahrestagung vorstellen.

- AK Entwicklungsorientierte Prävention und Bildung
- FG Antidiskriminierungsberatung
- FG Prävention von Antisemitismus

Mitgliederportal

Etwa die Hälfte der Netzwerkmitglieder tauscht sich regelmäßig über das digitale Mitgliederportal beim Landespräventionsrat aus. Dort gibt es die Möglichkeit, die eigene Präventionsarbeit bekannt zu machen, Projekte vorzustellen, Beiträge zu veröffentlichen und sich gegenseitig über Veranstaltungen und neue Entwicklungen zu informieren.

Koordinierungsstelle

Die Koordinierungsstelle des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte ist organisatorisch beim Landespräventionsrat im Niedersächsischen Justizministerium angesiedelt. Sie hat eine ressortübergreifende Zuständigkeit. Ihre Aufgaben sind:

- Moderation und Koordination der Arbeit der Steuerungs-AG
- Ausarbeitung von ressortübergreifenden Beschlussvorlagen der Ministerien
- Einbindung der Zivilgesellschaft über den Praxisbeirat
- Beantwortung von parlamentarischen Anfragen
- Koordination der Wissenschaftskooperationen
- Organisation eines Wissenschafts-Praxis-Dialogs
- Förderung der Entwicklung und Verbreitung von nachweislich wirksamen Präventionsmaßnahmen
- Durchführung von Fachtagungen und Weiterbildungsangeboten
- Netzwerkausbau und Netzwerkmanagement in Niedersachsen
- Öffentlichkeitsarbeit
- Geschäftsstelle

Kontakt

Koordinierungsstelle:
kostlp@mj.niedersachsen.de
Netzwerk: team@netz.lprnds.de
Telefon 0511 120-8721

Als persönliche Ansprechpartner:innen sind für Sie da:

Thomas Müller

Leiter der Koordinierungsstelle
(ressortübergreifende Angelegenheiten, Wissenschaftskoordination, Qualitätsentwicklung)

Dr. Kirsten Minder

Referentin
(Netzwerkarbeit, Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit)

Veit Koch

Sachbearbeiter
(allgemeine organisatorische Fragen)

Mehr Informationen finden Sie auf den Internetseiten des Landespräventionsrats Niedersachsen unter dem Stichwort **Arbeitsbereiche/Koordinierungsstelle Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte**.

www.lpr.niedersachsen.de



Landesprogramm
für Demokratie
und Menschenrechte

Niedersächsisches Justizministerium
Landespräventionsrat
Siebstraße 4
30171 Hannover

www.lpr.niedersachsen.de